

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?
2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?
3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Die Ausbildung in der sozialen Arbeit muss attraktiver für junge Schulabgänger*innen werden. Am Beispiel der Erzieher*innen-Ausbildung zeigt sich: im Landtag war die SPD-Fraktion dazu schon aktiv und hat als eines der Mittel gegen Personalnot in Kitas die Bezahlung der Azubis identifiziert. Bisher gibt es nur für die praxisintegrierte Ausbildung ein Gehalt, dies allerdings auch schon viel zu knapp. . Wer aber die Ausbildung in Vollzeit in der Berufsschule macht, bekommt gar kein Gehalt. Wir sind der Auffassung: Alle Ausbildungsmodelle müssen auch bezahlt werden, damit sich mehr junge Leute dafür entscheiden. Gleichzeitig müssen Kitas, die Erzieherinnen und Erzieher ausbilden, oder andere soziale Einrichtungen, die ausbilden, dafür auch belohnt werden. Zum Beispiel durch zusätzliche Mittel oder durch personelle Entlastung. Das kostet natürlich Geld. Hier ist das Land gefragt. Dafür werden wir uns einsetzen!“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Zunächst müssen wir dringend den Anteil von Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung in der Verwaltung erhöhen. Dieser ist zurzeit viel zu gering und spiegelt unsere Stadtgesellschaft bei Weitem nicht wider. Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft mit Teilhabemöglichkeiten für alle ein. Die Verwaltung muss hier als Vorbild vorangehen. Zwar leben wir leider in einer Zeit, in der Rassismus und Diskriminierung weiter zunehmen, aber zum Glück gibt es auch viele Menschen, die Verantwortung übernehmen und dagegen kämpfen. Diese Menschen und ihre Projekte gegen Rassismus muss die Stadt fördern. Deshalb werden wir eine städtische Antidiskriminierungsstelle einrichten. Bereits bestehende Strukturen der Antidiskriminierungsarbeit wollen wir personell und finanziell stärken. Ohne Präventionsprojekte, wie sie das NS-Dok oder das Antidiskriminierungsbüro in Köln anbieten, hätten wir noch mehr Probleme mit Diskriminierung. Die SPD setzt sich für den Ausbau von Fördermitteln in den Arbeitsbereichen Antirassismus, Antisemitismus und Antibleismus ein. Wir dulden keine Diskriminierungen in Köln aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder der sexuellen Orientierung. Dafür gehen wir auf die Straße und kämpfen im Rathaus. Das werden wir auch weiterhin tun!“

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„Deshalb haben wir das Auszugsmanagement der Stadt immer weiter ausgebaut und sehen, dass es ein Erfolgsmodell ist, das mittlerweile in vielen anderen Kommunen kopiert wird. Das Problem ist, dass es in Köln eine massive Wohnungsnot gibt, gegen die nichts unternommen wird. Von den benötigten 30.000 neuen Wohnungen für die Jahre 2015 bis 2019 sind nicht einmal die Hälfte geschaffen worden. Diese Wohnungen fehlen gerade dem Kölner Wohnungsmarkt. (Damit auch für Geflüchtete, die auch noch von Diskriminierungen durch Vermieter*innen betroffen sind.) Das Resultat sind rasant steigende Mieten und fehlender Mietraum für alle. Hier müssen wir dringend gegensteuern und haben uns das Ziel gesetzt, dass 10.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Wir setzen uns für einen hohen Anteil an Sozial- und Genossenschaftswohnungen ein. Eins ist klar: Die dezentrale Unterbringung von Menschen mit Fluchterfahrung in Wohnungen sollte Standard sein. Solange es noch große Gemeinschaftsunterkünfte geben muss, sollten diese die von verschiedenen Flüchtlingsräten, z. B. dem FR NRW, geschaffenen Mindeststandards umsetzen. Ein Gewaltschutzkonzept, psycho-soziale und medizinische Versorgung sowie Sprachmittlung sind Selbstverständlichkeiten, für die wir im Rat auch in Zukunft streiten werden.“

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Zunächst einmal sind wir froh, dass wir im nächsten Rat das dritte Frauenhaus auf den Weg bringen. Frauenhäuser sind ein wichtiger Baustein im Hilfesystem, können aber nur eine erste Anlaufstelle sein. Ein wirksames Hilfesystem im Sinne der Istanbul-Konvention benötigt aber Beratung und Unterstützung über Frauenhäuser hinaus. Wir haben im Sozialausschuss für die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt in Köln gestimmt. Hier muss der Fokus viel stärker auf die Prävention gelegt werden. Wir möchten Projekte stärken, die auf die Täterarbeit fokussiert sind (z. B. „Mann sein ohne Gewalt“ der AWO) und für einen Ausbau von Präventionsprojekten in Kitas und Schulen sorgen, damit Kinder nicht zu Tätern werden.“

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Die SPD in Köln und auf Landtagsebene setzt sich schon lange dafür ein, dass dem Kinderschutz jede denkbare Unterstützung gewährt wird. Kinderschutz bedeutet für uns die körperliche und die psychische Unversehrtheit im umfassenden Sinne, der Schutz vor Gewalt – auch und gerade vor sexualisierter Gewalt – aber auch der Schutz vor allen gesundheitlichen Gefahren. Hierzu gehört für uns auch der Schutz vor Übergriffen im Netz. In Bezug auf die fortschreitende Digitalisierung unserer Schulen und aller sonstigen Lebensbereiche der Kinder und Jugendlichen ist für uns wichtig, dass die Ausstattung mit neuen Mediengeräten nur in Verbindung mit pädagogischen Einsatzkonzepten erfolgt. Die Schulen müssen bei ihrer Hard- und Softwarepflege durch IT-Fachkräfte und durch Fortbildung der Lehrkräfte professionell unterstützt werden. Digitalisierung ist ein fortlaufender Prozess. Die Mittel für Betrieb, Wartung und IT-Support muss deshalb dauerhaft zur Verfügung stehen. Nur wenn die Schulen im Alltag nicht allein gelassen werden, kann bei einer steigenden Zahl der digitalen Geräte für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im Netz gesorgt werden. Das Bedürfnis des einzelnen Kindes ist hierbei der Maßstab. Wir wollen erreichen, dass kommunale Ressourcen kindbezogen durch den Filter des Sozialindex verteilt werden.

Die SPD hat schon lange die Einsetzung einer Kinderschutzkommission auf Landtagsebene gefordert, die nun seit Bekanntwerden der unglaublichen Taten erst in Lügde, dann in Bergisch-Gladbach eingesetzt wurde. Neben der Aufarbeitung der Taten in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sind wir auch an einem zukunftsgerichteten Blick interessiert. Den Kindern müssen Rechte auf gesellschaftliche und demokratische Teilhabe gesichert werden. Der Kinderschutz erfordert ein Bildungssystem, das von der Kita an den höchsten Qualitätsansprüchen gerecht werden muss. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen wollen wir mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl für die Betreuung erhöhen und einen angemessenen Personalschlüssel samt entsprechenden Qualitätsstandards festlegen – pädagogisch wie räumlich. Aber nicht nur durch die Qualitätsstandards für die pädagogische Arbeit in den städtischen Kindertageseinrichtungen soll der Schutz des Kindes an erster Stelle stehen, sondern in allen Bereichen der Jugendhilfe. Medienpädagogische Angebote zum Schutz vor Gewalt und psychischer Ausbeutung im digitalen Netz sind dabei ein wichtiger Bestandteil der Jugendpädagogik.

Wir wollen, dass in allen Einrichtungen der Jugendhilfe die Kinderrechte gewahrt werden, der Schutz vor Gewalt sichergestellt und einheitliche Qualitätsstandards entwickelt, angewendet und regelmäßig überprüft werden. Die Jugendverwaltung arbeitet laufend daran, die entsprechenden präventiven Maßnahmen zu treffen, um möglichen Kinderrechtsverletzungen vorzubeugen, die bereits viel häufiger und niedrigschwelliger als durch die gesetzlich normierte Kindeswohlverletzung auftreten können. Dies wollen wir mit allen notwendigen Ressourcen unterstützen. Und nicht zuletzt müssen Kinder auch vor Armut und deren Folgen geschützt werden.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„Wir beobachten mit starker Sorge, dass der Zugang zur bestmöglichen Medizin immer mehr von finanziellen Ressourcen des Einzelnen abhängt. Die Sorge vor einer Zwei-Klassen-Medizin ist berechtigt. Mit Sorge sehen wir, dass sich das Versorgungsangebot für bestimmte Patient*innengruppen wie etwa Kinder durch Sparmaßnahmen der Krankenkassen zunehmend verschlechtert. Es fehlen niedrigschwellige Angebote für sozial benachteiligte Menschen. Auch die sprachlichen Barrieren müssen endlich beseitigt werden, indem Sprachmittlung von den Krankenkassen bezahlt wird. Besonders wichtig ist uns die gesundheitliche Nahversorgung, die uns in einigen Stadtteilen Kölns große Sorgen bereitet. Die Verteilung der Arztpraxen über das Stadtgebiet ist ungerecht. Viele Arztpraxen oder Kassenarztsitze wandern aus den ärmeren Vierteln ab. Nur ein Beispiel dafür ist die Schließung der Notdienstpraxen in Mülheim Ende 2019 und in Chorweiler im Januar 2020. Gerade der Stadtteil Chorweiler hat einen sehr geringen Versorgungsgrad an Allgemeinmediziner*innen und Kinderärzt*innen. Wir streben auch eine faire Kooperation aller Krankenhäuser in Köln an, damit alle erhalten bleiben. In der nächsten Wahlperiode ist die Sicherstellung einer funktionierenden und fußläufig erreichbaren gesundheitlichen Daseinsvorsorge eines unserer wichtigsten Anliegen.“

Wir haben uns für die Einführung der Gesundheitskarte in Köln eingesetzt, und davon profitieren nun viele Menschen, die nicht erst mal zur Leistungsabteilung gehen müssen, um sich einen Arztbesuch genehmigen zu lassen. Das Problem ist aber weiterhin, dass Asylsuchende und Geduldete weniger gesundheitliche Leistungen in Anspruch nehmen dürfen. Dies ist im Asylbewerberleistungsgesetz so geregelt, dabei hat das BVerfG schon 2012 festgestellt, dass das Gesetz in Teilen verfassungswidrig ist. Wir sehen, dass durch diese Regeln Menschen noch kränker werden und daraus wiederum Folgekosten entstehen.

Wir begrüßen die Digitalisierung im Gesundheitswesen vor allem da, wo es der Patient*innensicherheit dient, indem unnötige und schädliche Doppeluntersuchungen vermieden werden. Digitalisierung darf aber keineswegs dazu führen, dass die menschlichen Aspekte vernachlässigt werden. Auch Datenschutzbelange sind zu beachten.“

9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Partizipation erfordert vorrangig Zeit, Personal und finanzielle Mittel. In den unterfinanzierten und unterbesetzten Bereichen ist das Mitspracherecht der Patient*innen oft das erste, was auf der Strecke bleibt. Hier müssen die Kostenträger*innen Abhilfe schaffen. Weiterhin sehen wir Sprach- und kulturelle Barrieren als hinderlich an. Diese müssen mithilfe von professionellen Sprach- und Integrationsmittler*innen durchbrochen werden.“

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„Das Landesförderprogramm für Sozialarbeit an Schulen war bisher bis Ende 2020 befristet, aber erst jetzt ist auf Antrag der SPD im Landtag Bewegung in die Frage der Weiterfinanzierung von bislang 5 Mio. Euro durch das Land gekommen. Wir fordern für Köln den weiteren Ausbau von Schulsozialarbeit auf Basis des vorgelegten Konzeptes der Fachverwaltung unter Berücksichtigung der besonderen sozialen Lagen der jeweiligen Schule. Nur so kann das Ziel der Bildungsgerechtigkeit dauerhaft und nachhaltig erreicht werden. Unser Ziel ist es, sukzessive 100 weitere Stellen Schulsozialarbeit einschließlich Sachausstattung und Fachberatung zuzusetzen. Wir wollen eine konsequente Doppelbesetzung aller Schulen mit Schulsozialarbeit, die eine überdurchschnittlicher Armutsbelastung vorweisen, vorrangig an Grundschulen und Gesamtschulen, sowie an besonders großen Schulen, die ebenfalls mehr Kapazitäten an Schulsozialarbeit benötigen, und im nächsten Schritt die Schließung von Versorgungslücken. Schulsozialarbeit ist eine entscheidende Unterstützung für die Kinder und Jugendlichen und muss als Instrument der Integration unbedingt erhalten bleiben.

In der städtischen Mittelfristplanung bedeutet dies eine Zusetzung von rd. 6,2 Mio Euro jährlich. Diese Finanzierung aus städtischen Mitteln und mit Unterstützung des Landes wollen wir sicherstellen.“

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„Für uns ist die Sozialarbeit die entscheidende Unterstützung für ein gelingendes Aufwachsen. An den Schulen kommt ihr daher eine besondere Bedeutung zu. Hier kann sie Kinder und Jugendliche direkt ansprechen und unterstützen oder auch Konflikte minimieren helfen. Schulsozialarbeit muss in Form von multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Sonderpädagog*inn*en und anderen Professionen der Jugendhilfe auf gegenseitiger Augenhöhe agieren und fester, integraler Bestandteil des Schulteams werden. Gleichzeitig müssen die pädagogischen Fachkräfte unabhängig arbeiten und ihre Aufgaben im Rahmen der Jugendhilfe erfüllen können. Sowohl die Schule als auch die Schulsozialarbeit müssen eine Sozialraumorientierung aufweisen. Diese Qualitätsstandards sind neben einer auskömmlichen Finanzierung und neben einer klaren Dienst- und Fachaufsicht wichtig. Wenn diese Kriterien alle erfüllt bzw. sichergestellt sind, ist die strukturelle Anbindung nicht entscheidend.“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist das sichtbarste Zeichen von Armut in unserer Stadt. Laut „Integrierter Wohnungsnotfall-Berichterstattung in NRW“ ist 2019 die Zahl der wohnungslosen Menschen in Köln im Vergleich zum Vorjahr sogar gestiegen. 6 198 Menschen haben in Köln keine feste Bleibe. In der Berichterstattung werden wohnungslose Menschen, die weder ordnungsrechtlich noch bei den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind, nicht berücksichtigt. Wir müssen also leider von einem weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit und einer sehr viel höheren Dunkelziffer ausgehen. Schätzungen zufolge leben rund 250 Menschen in Köln komplett auf der Straße. Sie nehmen die Notunterkünfte bzw. die Unterbringungsangebote der Stadt aus verschiedenen Gründen nicht in Anspruch. Die Stadt Köln hat in Zusammenarbeit mit Trägern der Wohnungslosenhilfe ihre Programme gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut. Seit 2017 gibt es z. B. ein Angebot für Streetwork im Rahmen der Wohnungslosenhilfe. Zudem wurden humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung beschlossen und damit akute Not gelindert. Auch neue Konzepte wie „Housing First“ werden mittlerweile durch die Verwaltung gefördert. Im Rat werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen ausgebaut und verstetigt werden. Für uns spielt neben der akuten Wohnungslosenhilfe auch die Prävention eine sehr wichtige Rolle. Wir brauchen mehr Präventionsmaßnahmen der Stadt, die bei drohendem Wohnungsverlust in Anspruch genommen werden können. Die SPD-Fraktion hat im letzten Sozialausschuss das Thema „Wohnungslosenkonzert“ noch einmal angesprochen. Wir warten zurzeit auf die Antwort der Verwaltung, wie wir in Köln Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken können.

Auf Dauer kann der Wohnungslosigkeit nur mit einem großen sozialen Wohnungsbauprogramm entgegengewirkt werden. Wir haben in Köln seit Jahren mit einem Wohnungsnotstand zu kämpfen. Für uns ist klar, in welche Richtung die Wohnraumfrage in Köln gehen muss, und zwar: Wohnraum nicht nur für die, die es sich leisten können, sondern für alle.“